



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **42. Sitzung (öffentlich)**

31. Oktober 2025

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:09 Uhr bis 10:51 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Lara Jähnke

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026) 3**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/15000

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses  
Vorlage 18/4219 (Erläuterungsband)  
Vorlage 18/4366 (Einbringungsbericht)

- mündlicher Einbringungsbericht durch Minister Liminski
- Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das vom Vorsitzenden Stefan Engstfeld vorgeschlagene Verfahren, die Frist zur Beantwortung der schriftlichen Fragen durch die Landesregierung vom 10. November 2025 auf den 11. November 2025 um 17:00 Uhr zu verschieben.

- 2 Wissenschaft unter Druck – Nordrhein-Westfalen muss starker Partner für Forschende und Wissenschaftsinstitutionen auf der ganzen Welt sein** **11**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/13807
- Ausschussprotokoll 18/988 (Anhörung vom 24.09.2025)
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Abwesenheit der FDP-Fraktion ab.
- 3 Verschiedenes** **12**
- a) **Berichtswünsche der SPD-Fraktion zur Reise des Ministers nach Israel sowie zur Lage im Sudan** **12**
- b) **Einbeziehung des FC Landtag in die Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana** **12**

\* \* \*

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/15000

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses  
Vorlage 18/4219 (Erläuterungsband)  
Vorlage 18/4366 (Einbringungsbericht)

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt, am 17.09.2025)*

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM) berichtet:**

Die Konjunktur in Deutschland ist nach wie vor schwach. Diese ist auch die Grundlage für den Landeshaushalt 2026 und für diesen dementsprechend nicht ohne Folgen. Ich glaube, dass wir trotzdem einen Haushaltsentwurf vorgelegt haben, der unsere Kernaufgaben bedient. Es gehört aber auch zur Wahrheit dazu, dass wir an der einen oder anderen Stelle etwas kürzertreten müssen. Die Gründe für die wirtschaftspolitische oder vielmehr die wirtschaftliche Situation brauche ich hier, glaube ich, nicht auszuführen. Dazu gehören die internationale Lage, aber auch einige Themen, die uns in Deutschland schon die letzten Jahre beschäftigt haben. All das führt nicht nur zu weniger Wachstum, sondern auch zu weniger Steuereinnahmen.

Dementsprechend mussten wir konsolidieren und unsere Aufgaben konsequent priorisieren. Unser Leitmotiv dabei bleibt allerdings, dass wir unser internationales Engagement aufrechterhalten – und zwar konkret und gezielt dort, wo es die größte Wirkung für Nordrhein-Westfalen, für die Menschen hier, für die Unternehmen hier sowie für unsere Partner, die wir dabei immer mitdenken, hat. Wir als Nordrhein-Westfalen können zu guten internationalen Beziehungen unseren Teil beitragen. Das merkt man auch auf Reisen, wenn man unterwegs ist, immer wieder – Sie merken das sicherlich auch. Insofern glaube ich, dass Sparsamkeit und Gestaltungswillen nicht unbedingt im Widerspruch zueinanderstehen und dass wir präsent bleiben.

Ich konkretisiere das gerne für die einzelnen Bereiche. Für das laufende Jahr 2025 kann ich Ihnen schon einmal sagen – es ist mit Blick auf die Planungen für den Haushalt für das nächste Jahr ja immer von Interesse, wie es aktuell läuft –, dass die Landesinitiative „Europa-Schecks“ nach wie vor eine große Strahlkraft entwickelt und sich erfolgreich etabliert hat. Sie wissen, dass wir seinerzeit schauen wollten, ob das mit Blick auf die Europawahl nur ein Phänomen ist. Wir können aber zufrieden feststellen, dass sich das verstetigt hat.

Mit Blick auf unser Engagement in Israel, auf unser Landesbüro kann nach wie vor festgehalten werden, dass dieses unter den schwierigen Bedingungen engagiert weiterarbeitet und vor Ort ein fester Akteur ist, wovon ich mich kürzlich noch einmal selbst vergewissern konnte.

Für die Ukraine – um diese im Bereich der internationalen Aktivitäten als weiteren, als dritten Schwerpunkt zu benennen – sind wir ein verlässlicher Partner. Ich hatte von meiner Reise bereits im Juni, glaube ich, berichtet. Es ist so, dass unser Engagement unter den Ländern seinesgleichen sucht und Früchte trägt.

Ich komme nun zu den konkreten Haushaltszahlen für das Jahr 2026. Wir werden den Haushalt für das Jahr 2026 für die Bereiche „Europa“ und „Internationale Angelegenheiten“ im Vergleich zum Jahr 2025 nach jetzigem Stand der Haushaltsberatungen insgesamt um rund 1,4 Millionen Euro – das heißt: um knapp 10 % – reduzieren müssen.

Warum sage ich „nach jetzigem Stand der Haushaltsberatungen“? Seit der Einreichung dieses Haushaltsentwurfs hat es eine Steuerschätzung gegeben – das werden Sie alle verfolgt haben. Die ist vor etwa acht Tagen herausgekommen. In der vergangenen Woche haben wir eine Auswertung vorgenommen – auch für das Land. Dadurch ergeben sich kleinere Spielräume, die wir den Ressorts mit Blick auf die mitunter sehr schmerzhaften Sparmaßnahmen, die vorgenommen werden mussten, ermöglichen wollen. Wir sind gerade dabei, zu eruieren, was das für die einzelnen Fachbereiche in den Ressorts und da wiederum für die einzelnen Maßnahmen bedeutet. Wir eruieren also: Wo können wir dazu beitragen, diesen überschaubaren Mehrbetrag sinnvoll anzusetzen?

Sie werden dazu im Rahmen der Ergänzungsvorlage einen Vorschlag erhalten; diese soll am 11.11.2025 im Kabinett beschlossen und umgehend dem Landtag zugeleitet werden; sie wächst dann wie üblich dem Haushalt zu. Die einzelnen Zahlen in concreto werden sich gegebenenfalls also noch verändern. Da wir einen sehr kleinen Haushalt beraten, kann das natürlich durchaus nennenswerte Änderungen nach sich ziehen.

Man sollte bei mir immer genau hinhören. Nur weil ich die Rede vorab übermittelt habe, wollte ich Ihnen diese aktuelle Entwicklung nicht vorenthalten. Ich kann das zahlenmäßig wie gesagt aber noch nicht greifen – dafür bitte ich um Verständnis –, denn das ist eine sehr neue Entwicklung.

Wir hatten bisher geplant, die notwendigen Kürzungen prozentual zu etwa gleichen Teilen auf die Bereiche „Europa“ und „Internationale Angelegenheiten“ zu verteilen. Dementsprechend würden für den Bereich „Europa“ noch 5,8 Millionen Euro zur Verfügung stehen und für den Bereich „Internationale Angelegenheiten“ 7,6 Millionen Euro. Das wird sich wie gesagt leicht ändern.

Im Bereich „Europa“ betreffen die Kürzungen vor allen Dingen die Landesinitiative „Europa-Schecks“, da wir den durch Extramittel, die wir bisher immer noch aufgewandt haben, entstandenen Spielraum künftig nicht mehr haben werden. Der Ansatz bleibt aufgrund des eben beschriebenen Erfolgs allerdings der gleiche. Es wäre

geradezu töricht, uns die Dynamik selbst abzuwürgen, wenn wir doch sehen, dass das von den Akteuren erfolgreich angenommen wird.

Im Bereich „Internationale Angelegenheiten“ haben wir die Ansätze in der gerade vorliegenden Planung um 685.000 Euro reduziert. Das hatte zur Folge, dass wir uns etwas stärker als bisher auf die Hauptkooperationsländer konzentriert haben. Das ist im Haushalt entsprechend abzulesen. Ich will das, da Sie das auch vorliegen haben, jetzt nicht unnötig in die Länge ziehen.

Ich will zum Bereich „Europa“ noch ein wenig ausführen. Neben der schon erwähnten Landesinitiative „Europa-Schecks“ engagieren wir uns natürlich auch weiterhin in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Das ist nicht immer nur eine Frage des Geldes, es ist aber immer gut, wenn man welches mitbringt. Es ist es so, dass wir die intensive Zusammenarbeit mit den Beneluxländern natürlich weiter forcieren wollen. Der Ministerpräsident war gestern für ein Gipfeltreffen zwischen Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden in Noordwijk; der Staatssekretär war auch da. Gerade nach den Wahlen müssen wir natürlich schauen, dass wir schnell wieder Kontakte knüpfen, wie es uns im Rahmen des Benelux-Gipfels in Belgien erfolgreich gelungen ist, damit wir in den gemeinsamen Beziehungen kein retardierendes Momentum haben. Wir hatten uns im Haushaltsplan deshalb auch schon vorgenommen, die grenzüberschreitenden Maßnahmen in der gleichen Höhe wie im Jahr 2025 fortzusetzen.

Mit Blick auf das Vereinigte Königreich, dem wir uns in besonderer Weise verbunden fühlen, wird es im Rahmen unseres achtzigjährigen Landesjubiläums im kommenden Jahr zu einigen zusätzlichen Maßnahmen kommen. Hinsichtlich der besonderen Bedeutung Großbritanniens für die Entstehung unseres Landes wollen wir gerade bei Schülern und Studierenden und bei Städtepartnerschaften noch einmal Akzente setzen, die auch über das Jubiläum hinausreichen. So habe ich es mit dem Botschafter besprochen, und so wird es jetzt auch geplant.

Das Regionale Weimarer Dreieck bleibt ein Schwerpunkt unserer internationalen Arbeit, vielmehr unserer europapolitischen Arbeit. Wir haben diese Partnerschaft, die 2026 ihr 25-jähriges Bestehen feiert, mit den beiden Regionen Schlesien und Hauts-de-France. Dementsprechend wollen wir diese Gelegenheit nutzen – so haben wir es im August beim letzten gemeinsamen Treffen vorberaten –, um noch einmal ein inhaltliches Update durchzuführen und uns zukunftssträchtigen Themen zuzuwenden. Wir werden dabei wie bisher die Ukraine mitdenken.

Zum Bereich „Internationale Angelegenheiten“, zur Fokussierung auf die Partnerschaften, die für uns von strategischer Bedeutung sind, habe ich gerade eben schon etwas gesagt. Die Ukraine, Israel, Ghana und Nordmazedonien sind von aktueller Bedeutung. Für die Ukraine brauche ich das nicht erklären und für Israel, glaube ich, auch nicht. Bezüglich Ghana wollen wir nächstes Jahr das Jubiläum unserer Partnerschaft nutzen – auch für einen neuerlichen Impuls. Unsere Partnerschaft mit Nordmazedonien hat auch ihren Fünfjahrestag. Gestern hat bei uns in der Staatskanzlei noch das Forum „NRW trifft Westbalkan“ stattgefunden. Enorm viele Partner waren bei uns. Dort findet sehr vitale Partnerschaftsarbeit statt, die wir in dem Zuge forcieren wollen.

Zur Ukraine. Es bleibt bei der Partnerschaft mit Dnipropetrowsk. Aufgrund dieser sehr vitalen Partnerschaft kriegen wir immer wieder Anfragen, so etwas auch mit anderen Regionen zu machen. Wir wollen uns aber weiterhin konzentrieren. Die Not und auch das Interesse an langfristiger Partnerschaft sind überall groß. Ich glaube aber, dass es sinnvoll ist, unsere Kräfte hier zu fokussieren.

Mit Blick auf Israel gibt es das Landesbüro, zu dem ich schon etwas gesagt habe. Ich war die letzten Tage dort. Der deutsche Botschafter hat sowohl mir als auch gegenüber der Bundesministerin Prien, die ebenfalls dort war, noch mal wiederholt, dass Nordrhein-Westfalen unter den deutschen Ländern deutlich hervorsticht. Aufgrund meiner Besuche der Projekte im Rahmen von „Shalom – Chaverut“ kann ich sagen, dass es schon sehr bewegend ist, wie viel wir letztlich mit relativ überschaubar viel Geld erreichen – bezüglich der Bandbreite der Partnerschaften, aber auch der Wirkung vor Ort. Der Mitteleinsatz zahlt sich durch das Büro, das wir vor Ort haben, natürlich deutlich aus – das ist ein Hebel –, und das übrigens auch für die Partner hier in Nordrhein-Westfalen. Ob Städte wie Duisburg, ob Krankenhäuser in Duisburg und Essen, ob die Filmschule Köln: Das sind völlig unterschiedliche Konzepte, die aber über die ganze Bandbreite verteilt sind, was wirklich sehr schön ist.

Bei den USA konzentrieren wir uns momentan natürlich eher auf unsere Beziehungen zu unseren Partner-Bundesstaaten. Mit Blick auf die nationale Administration wollen wir uns ein bisschen darauf konzentrieren und schauen, dass wir wie schon einmal die Partnerschaft mit Pennsylvania nutzen, um vielleicht fernab der Agenda der aktuellen US-Administration Akzente zu setzen.

Zu Nordmazedonien habe ich gerade eben schon etwas gesagt. Wir arbeiten an dieser Stelle vielfach mit der GIZ zusammen. Dazu will ich Ihnen sagen: Ich habe kürzlich Herrn Schäfer-Gümbel eingeladen, mal zu kommen, damit wir darüber sprechen, ob wir aus den gemeinsamen Aktivitäten nicht mehr machen können. Dafür sehen wir beide Potenziale. Zu einem gegebenen Zeitpunkt könnte es auch sinnvoll sein, hier mal gemeinsam zu berichten, Herr Vorsitzender, denn die GIZ ist für uns ein wertvoller Partner. Ich glaube auch, dass in der deutschen Öffentlichkeit immer noch Aufklärung über das, was die GIZ wirklich macht, betrieben werden muss. Viele haben noch das Brunnenbohren vor Augen. Das ist aber nicht mehr der Fall, sondern es geschieht sehr viel technische Zusammenarbeit.

In Israel ist mir zum Beispiel ein Projekt begegnet, in dem die GIZ mit Siemens zusammen einen großen Technologietransfer nach Ägypten vornimmt. Dabei ist die GIZ der eigentliche Partner, mit dem das on the ground stattfindet. Es wäre, glaube ich, lohnenswert, das noch mehr zu transportieren, um zu sehen, wie sehr das der gegenseitigen Partnerschaft dient.

Bei der GIZ hat man Verständnis dafür, dass wir uns in diesem Haushalt fokussieren müssen. Das betrifft Jordanien. Man weiß dort aber umso mehr, dass wir auf die Partnerschaften mit Ghana, mit der Ukraine, mit Nordmazedonien – dort arbeiten wir jeweils mit der GIZ zusammen – setzen.

Zur Entwicklungszusammenarbeit. Ich komme zum Promotorinnen- und Promotorenprogramm. Das gehört mit 1,2 Millionen Euro auch im Haushaltsjahr 2026 zu

den größten Einzelprogrammen der Landesregierung im Bereich „Internationale Angelegenheiten“. In der bisherigen Planung ist hier ebenfalls ein Konsolidierungsbeitrag vorgesehen. Trotzdem werden wir auch den Ansatz für die Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit parallel zu dem Promotorenprogramm fortsetzen.

Hinsichtlich des internationalen UN-Standort Bonns ist es so, dass gerade eine gewisse Dynamik herrscht. Ich werde heute Nachmittag zu drei Terminen in Bonn sein. Dort werden wir uns zum einen gemeinsam mit Staatsministerin Güler aus dem Auswärtigen Amt den Campus des Freiwilligenprogramms der UNO anschauen. Dann haben wir gemeinsam mit der Stadt Bonn zum Empfang für die internationalen Organisationen geladen. Ich werde auch noch einmal Frau Hauenstein, die deutsche Vertreterin der UNDP, treffen. Die UNDP gehört zu den UN-Institutionen, die momentan sehr ernsthaft erwägen, Kräfte nach Bonn zu verlegen, sodass wir eine Stärkung des UN-Standorts erreichen könnten.

Sie kennen das Thema „Bonn-Berlin“ bzw. „Berlin-Bonn“. Auch dazu gibt es fernab des Sprechzettels etwas Aktuelles. Wir hatten am Mittwoch eine Schalte mit der zuständigen Bundesministerin, Frau Hubertz, die aus Rheinland-Pfalz kommt und der Region dementsprechend gewogen ist. Ich bin froh, weil wir uns gemeinsam darauf verständigen konnten, dass der vom Bund entworfene Zeitplan noch einmal deutlich beschleunigt wird. Der Zeitplan erschien der Region und uns etwas unambitioniert, weil er im Grunde genommen vorsah, dass man mit Projekten erst den Haushalt 2028 erreicht. Nach der Vorarbeit, die wir schon geleistet haben, wäre das doch etwas wenig. Deswegen haben wir uns gemeinsam auf Wege verständigt, wie wir mit Projekten den Haushalt 2027 und den Abschluss der Vereinbarung vielleicht schon im Jahr 2026 erreichen. Das wäre nicht zuletzt für den UN-Standort nicht schlecht, weil es zeigen würde, dass dieses Bundesengagement ganz konkrete Formen annimmt. Das hilft uns auch in Gesprächen mit UN-Institutionen. Der „Botschafter“ des UN-Standorts bei der UNO – die einzelnen Standorte haben jeweils einen Vertreter im eigenen Headquarter – war kürzlich zum Gespräch da und empfand das auch als hilfreich.

Der Einsatz für Menschenrechte bleibt natürlich ein Schwerpunkt. Wir werden die „Woche der Menschenrechte“ auch im nächsten Jahr wieder durchführen. Wir haben das höher etatisiert als früher, weil wir sehen, dass sich daraus noch mehr machen lässt. Es bleibt auch beim NRW-Medienpreis für entwicklungspolitisches Engagement. Sie merken also, dass wir bei diesem Thema dabeibleiben.

So viel zur Erläuterung der Haushaltslage, aber auch zu den Schlussfolgerungen daraus für unseren Einzelplan. Jetzt bin ich gerne bereit, Fragen zu beantworten.

Die Mittel für die Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, Kapitel 02 040 Titel 633 00, sowie für den Konkreten Friedensdienst, Kapitel 02 040 Titel 684 30, würden wie schon für das Jahr 2025 auch für das Jahr 2026 ausgesetzt, so **Andreas Keith (AfD)**. Er frage sich, ob hinsichtlich der schwierigen Zeiten und Entwicklungen in Europa – in letzter Zeit sei beispielsweise über die Wiedereinführung der Wehrpflicht

viel diskutiert worden – die Absicht bestehe, diese Förderungen irgendwann wieder aufzunehmen.

Der Minister habe ausgeführt, dass die Landesregierung die Ukraine in diesem Jahr mit zahlreichen Aktivitäten und Projekten unterstütze und diese Unterstützung auch im nächsten Jahr zum Beispiel im zivilgesellschaftlichen Bereich weiterführen wolle. Ihn interessiere, inwieweit und wozu das Engagement bisher konkret einen Beitrag geleistet habe.

Derzeit beständen keine Planungen, die seit diesem Jahr schweren Herzens ausgesetzte Förderung des Konkreten Friedensdienstes wiederaufzunehmen, antwortet **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**. Sich durch die Steuerschätzung ergebene finanzielle Spielräume würden daran wahrscheinlich nichts ändern, auch wenn über die finale Verwendung noch nicht entschieden worden sei.

Angesichts der Haushaltslage ständen begrenzte Mittel zur Verfügung, weshalb er besonders abwägen müsse, welches Engagement des Landes – Außenpolitik liege ja eigentlich im Zuständigkeitsbereich des Bundes – für die Menschen in Nordrhein-Westfalen tatsächlich einen Mehrwert mit sich bringe. Zudem könnte die Landesregierung keine Mittel in der Höhe bereitstellen, wie sie für den Betrieb des Konkreten Friedensdienstes eigentlich notwendig wäre. In einem solchen Fall müsse die Sinnhaftigkeit eines Mitteleinsatzes vollständig hinterfragt werden.

Die Unterstützung der Ukraine bedeute auch für Nordrhein-Westfalen einen Mehrwert. Seine Reise in die Ukraine im Juni habe ihm diesen verdeutlicht. Er hebe drei zivilgesellschaftliche und eine wirtschaftliche Maßnahme hervor.

Zum ersten beruhe die Veteranenpolitik in der Ukraine derzeit noch viel auf Selbstorganisation, da die Veteranenpolitik bzw. Veteranenversorgung anders als in Deutschland noch nicht staatlich organisiert werde. Nordrhein-Westfalen habe mit rund 20.000 Euro – sprich: mit eher geringen Mitteln – Veteranenzentren in der Partnerregion Dnipropetrowsk unterstützt und dabei eine große Wirkung erzielt. Ein Treffen mit 25 Veteranen, die von ihrem Weg zurück ins Leben erzählt hätten, sei sehr bewegend gewesen. Durch den Erfolg der Zentren stehe die Gründung weiterer im Raum.

Nordrhein-Westfalen wolle das Engagement in diesem Bereich fortsetzen. Schließlich lebten in Deutschland ukrainische Veteranen, und Deutschland könne von der Ukraine etwas für die deutsche Veteranenpolitik lernen. Zwar sei das Thema in der Ukraine deutlich virulenter, es werde aktuell aber auch in Deutschland diskutiert. In diesem Jahr sei beispielsweise erstmals der Nationale Veteranentag begangen worden.

Zum zweiten bedürften in der Ukraine mindestens 50.000 Menschen eine Prothese. Nordrhein-Westfalen habe in der Partnerregion Dnipropetrowsk zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit eine Prothetikwerkstatt aufgebaut, die im September trotz der Zerstörung durch einen russischen Angriff die Arbeit aufgenommen habe.

Dieses Projekt finde bei der ukrainischen Regierung Anklang, da es Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft ermögliche und diese dann unter anderem einen Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine leisten könnten. In der Ukraine werde gerade Expertise

für Prothetik aufgebaut; mit dieser wolle die Ukraine irgendwann auch andere Krisenregionen unterstützen.

Zum dritten lohne sich jeder im Krankenhauswesen eingesetzte Euro. Er habe das Metschnikov-Klinikum besucht; im November werde er eine große Delegation von Klinikdirektoren – darunter werde auch der des Metschnikov-Klinikums sein – empfangen, um die Partnerschaften mit Kliniken in Duisburg und Essen sowie mit den Kliniken der Stadt Köln zu besiegeln.

Nordrhein-Westfalen profitiere von den Partnerschaften, da ukrainische Krankenhäuser im Gegensatz zu den hochentwickelten deutschen Krankenhäusern besser auf durch moderne Kriegsführung mit Drohnen und anderen Mitteln verursachte Verwundungsbilder vorbereitet seien. Im Rahmen des „Operationsplan Deutschland“ werde sich derzeit damit befassen, sich in Deutschland auf solche Lagen vorzubereiten.

Zum vierten habe die Landesregierung hinsichtlich wirtschaftlicher Maßnahmen den Kontakt zwischen einem weltweit anerkannten Unternehmen für Drohnentechnologie – das Thema sei momentan von hoher Bedeutung – und der Messe Düsseldorf, die sich auf unbemannte Fortbewegung spezialisiere, hergestellt. Das Unternehmen entwickle Produkte quasi in Echtzeit weiter.

Hinsichtlich des Mehrwerts der nordrhein-westfälischen Unterstützung für die Ukraine ergänzt **Dr. Günther Bergmann (CDU)** seine Erfahrungen.

Bei der Sitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas vom 28. Oktober 2025 bis zum 30. Oktober 2025 hätten ihn Ukrainer angesprochen und das Engagement Nordrhein-Westfalens gewürdigt; dieses bewirke also etwas.

Vitali Klitschko, Bürgermeister von Kiew, habe sich daran erinnern können, wie Vertreter der Parlamentariergruppe „NRW-Polen, Ukraine, Mittel- und Osteuropa, Baltikum“ nach dem Überfall auf die Krim bei einem Treffen seine Warnungen vor Russland bzw. Putin weggelächelt hätten, und herausgestellt, wie bemerkenswert sich Nordrhein-Westfalen nun verhalte.

Der Vorsitzende des Regionalparlaments Dnipropetrowsk, Mykola Lukashuk, wisse, dass Nordrhein-Westfalen gegenüber anderen Bundesländern Kooperationen mit anderen Oblasten angeregt habe. Mykola Lukashuk äußere Dankbarkeit für die vom Minister gerade erwähnten Aspekte, besonders für die Unterstützung des Krankenhauswesens. Das Krankenhauswesen des Oblasts Dnipropetrowsk könne aufgrund dessen als Blaupause für den Rest der Ukraine dienen.

Nordrhein-Westfalens Engagement im Oblast Dnipropetrowsk spiegle sich auch in der ukrainischen Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen wider. Eine Ukrainerin habe ihm erzählt, dass ihr Mann an der Front in Dnipropetrowsk verletzt worden und die von Nordrhein-Westfalen unterstützte Prothetikwerkstatt an seiner Behandlung beteiligt gewesen sei. Die Ukrainerin habe das Engagement ihres derzeitigen Wohnorts, Nordrhein-Westfalen, deutlich wahrgenommen.

Die von Ukrainern ausgedrückte Dankbarkeit unterstreiche, welche Signale mit überschaubaren Mitteln ausgesendet werden könnten. Dabei gehe es neben militärischer

Unterstützung auch um das Hoffnung vermittelnde Signal für die Zukunft, dass die Ukraine nicht allein gelassen werde.

Dass sich Nordrhein-Westfalen auf die Unterstützung eines Oblasts konzentriere, anstatt mit begrenzten Mitteln zu versuchen, im ganzen Land etwas zu bewirken – so habe es die damalige Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen für Städtebau, Wohnungswesen und Agrarordnung gehalten –, halte er für sinnvoll und richtig.

Zudem freue er sich über die im Haushaltsplan eingestellten Mittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Die SPD-Fraktion würde es begrüßen, wenn die Steuerschätzung dazu führen würde, dass nach derzeitigem Stand des Haushaltsplans gekürzte Projektmittel im Rahmen der Ergänzungsvorlage wieder aufgestockt werden könnten, hält **Inge Blask (SPD)** fest.

Fragen werde die Fraktion wie vereinbart schriftlich einreichen.

Er gehe davon aus, dass die am 11. November 2025 durch das Kabinett zu beschließende Ergänzungsvorlage bei der Beantwortung der schriftlichen Fragen, die bis zum 10. November 2025 erfolgen müsse, bereits berücksichtigt werden könne, informiert **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** regt darauf hin an, die Frist zur Beantwortung der schriftlichen Fragen der Fraktionen – diese müssten bis zum 31. Oktober 2025 um 15:00 Uhr über das Ausschussesekretariat eingereicht werden – vom 10. November 2025 auf den 11. November 2025 um 17:00 Uhr zu verschieben, sodass die Ergänzungsvorlage auf jeden Fall berücksichtigt werden könne. Die abschließende Beratung des Einzelplans 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses finde dann am 14. November 2025 statt.

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das vom Vorsitzenden Stefan Engstfeld vorgeschlagene Verfahren, die Frist zur Beantwortung der schriftlichen Fragen durch die Landesregierung vom 10. November 2025 auf den 11. November 2025 um 17:00 Uhr zu verschieben.

**2 Wissenschaft unter Druck – Nordrhein-Westfalen muss starker Partner für Forschende und Wissenschaftsinstitutionen auf der ganzen Welt sein**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/13807

Ausschussprotokoll 18/988 (Anhörung vom 24.09.2025)

*(Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Europa und Internationales am 21.05.2025)*

Die im Antrag geforderten Maßnahmen würden Nordrhein-Westfalens Position als verlässlicher Partner für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt stärken sowie zur Wissenschaftsfreiheit, globalen Vernetzung, Innovationskraft und demokratischen Resilienz beitragen, betont **Inge Blask (SPD)**. Dabei setze die SPD-Fraktion auf internationale Kooperation statt Abwerbung und auf die Förderung junger Talente.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Abwesenheit der FDP-Fraktion ab.

### 3 Verschiedenes

#### a) Berichtswünsche der SPD-Fraktion zur Reise des Ministers nach Israel sowie zur Lage im Sudan

**Inge Blask (SPD)** bittet um einen mündlichen Bericht zur Reise von Minister Nathanael Liminski (MBEIM) nach Israel in der nächsten Ausschusssitzung. Zudem werde die SPD-Fraktion einen Bericht zur Lage im Sudan beantragen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** kündigt an, den Bericht des Ministers zu seiner Reise nach Israel in der nächsten Ausschusssitzung am 14. November 2025 vorzusehen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** merkt an, dass die Landesregierung bezüglich des Sudans auf Informationen des Auswärtigen Amtes werde zurückgreifen müssen. Serap Güler, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, habe den Sudan gerade besucht. Er treffe sie später und werde sie schon einmal über den Berichtswunsch informieren.

#### b) Einbeziehung des FC Landtag in die Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana

Da der Minister in seinem Einbringungsbericht zum Einzelplan 02 die Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana erwähnt habe, regt **Andreas Keith (AfD)** an, den FC Landtag in diese einzubeziehen. Schließlich sei nichts so völkerverbindend wie Fußball. Angesichts der geringen Aktivität des FC Landtag bringe eine solche Initiative vielleicht wieder Schwung in die Mannschaft und dürfte angesichts vorhandener Mittel auch keine zusätzliche finanzielle Belastung darstellen.

Er nehme die Anregung gerne auf, sagt **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)**. In Anbetracht der Vitalität der Partnerschaft wäre eine Einbeziehung des FC Landtag passend. Er vermute, dass der Vorschlag auch auf ghanaischer Seite auf Zustimmung stoßen könnte. Zudem helfe es generell, wenn sich der Landtag ebenfalls an Partnerschaften beteilige.

gez. Stefan Engstfeld  
Vorsitzender

18.11.2025/08.12.2025